



# Strategiethemen in der Landespolizei – Was ist die innere Sicherheit noch wert?

Ein Kommentar von Frank Hesse, stellvertretender Landesvorsitzender

Seit Monaten wird innerhalb der Landespolizei, landauf und landab, fast nur noch von einem Thema gesprochen: Personaleinsparung, Stellenabbau, Stellenverschiebung. Monatelang haben sich diverse Menschen (vorwiegend hochdotierte Polizeibeamte) in unzähligen Arbeitsstunden damit beschäftigt, wo man nun auch noch die letzten paar Stellen herauskitzeln kann.

Das Ergebnis wurde nun dem (mittlerweile gewesenen) Innenminister Breitner präsentiert. Auf die einzelnen Ergebnisse soll hier nicht eingegangen werden, dazu gab es Stellungnahmen zuhauf.

Die Polizei hat sich an den Stelleneinsparverpflichtungen auf Landesebene zu beteiligen, genauso wie in anderen Teilen der Landesverwaltung. Aus, basta!

Und siehe da, da geht noch etwas! Man konnte dem Innen-

minister tatsächlich eine beachtliche Anzahl identifizierter Stellen vorweisen, auf die man zukünftig verzichten könnte.

Schön und gut, man hat gleichsam mitgeteilt, was das denn für Konsequenzen habe: Dass die schrottreifen Lkw, die über Schleswig-Holsteins Straßen kutschieren, zukünftig noch seltener kontrolliert werden würden, als es bisher der Fall war – dass gerade in den Bereichen, in denen kräftig Bußgelder in die Landeskasse gespült werden, zukünftig eben nicht mehr solche Summen kommen – dass Aktionen wie der „Blitzermarathon“ zukünftig zur Farce werden ...

Mit einer anderslautenden Entscheidung rechnet aber wohl – auch unter einem neuen Innenminister Studt – trotzdem niemand wirklich.

Sollte man meinen, dass die Bemühungen nur auf Landesebene laufen, so hat man sich getäuscht. Bis zur kleinsten Dienststelle sind die Auswirkungen mittlerweile zu spüren. Die Fragen „Wo kann ich zukünftig noch wie viel Personal einsetzen und welche Aufgaben sind zukünftig zu vernachlässigen?“ sind überall in Bearbeitung.

Das Ganze erscheint dem Beamten auf der Straße wie pure Hilflosigkeit. Er bemerkt nämlich schon seit Jahren eine Arbeitsverdichtung in allen Bereichen. Die Decke, die es zu verteilen gilt, wird scheinbar immer kürzer. Und in welche Richtung man sie auch zieht, es ändert nichts daran, dass in vielen Bereichen nur noch das Nötigste geleistet werden kann.

Durch hohe Krankenstände, Sondereinsätze wegen Großveranstaltungen, immer mehr Schwertransportbegleitungen, ständig anwachsende Zahlen in der Vorgangssachbearbeitung, Unterstützungsmaßnahmen, um an anderen Stellen auszuweichen, werden ständig immer größere Löcher aufgerissen, um andere zu stopfen. Es müssen teilweise enorme Anstrengungen unternommen werden, um überhaupt den Präsenzdienst im täglichen Wachdienst aufrechtzuerhalten. Wenn Vorgänge vor der Verjährungsfrist nicht bearbeitet werden können, ist es ebenso. Und jede Stelle, die hier oder da wegfällt, führt zu einer weiteren Verdichtung, die letztendlich zu nur noch mehr Ausfällen führen wird. Die Krankenrate wird weiterhin steigen, das Durchschnittsalter in der jetzt schon überalterten Polizei ebenso.

Das alles will aber niemand hören! Es soll dann aber auch niemand fragen, warum die Zahlen bei den Wohnungseinbrüchen ständig steigen oder die Ergebnisse in Sachen ADM-Kontrollen (Bekämpfung von Fahren unter Einfluss von Alkohol, Drogen und Medikamenten) im Vergleich zu anderen

Ländern so niedrig sind, sonst fliegen einem womöglich faule Tomaten an den Kopf.

Ex-Innenminister Breitner, der die Polizei aus eigenem Erleben besser kannte als so manch anderer Innenminister, hat, vielleicht ja auch aus Gründen der prekären Lage, lieber das Handtuch geworfen und kümmert sich zukünftig mehr um die Familie. Ein Job an der Spitze des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen ist offenbar nicht so zeitaufwendig (sowie wohl etwas besser bezahlt) und erfordert keine Entscheidungen, die man aufgrund von Koalitionszwängen vielleicht auch gegen seine eigenen Überzeugungen durchsetzen muss. Ein Polizeibeamter kann nicht so einfach zurücktreten! Er muss sich den immer schwereren Herausforderungen des täglichen Dienstes weiterhin stellen – auch wegen seiner Familie, er muss sie schließlich irgendwie ernähren. Von mehr Zeit für die Familie kann er nur träumen – bei Schichtdienst und Überstundenbergen.

Reaktionen aus dem Kollegenkreis: Resignation! Seit mindestens 15 Jahren durchläuft die Landespolizei eine Reform nach der anderen. „Rolle vor – Rolle zurück“ oder „einen Schritt vor – zwei wieder zurück“. Besser geworden ist dadurch offenbar nichts, und das wird sich wohl auch zukünftig nicht ändern.

Man fragt sich zusehends, welchen Stellenwert das Thema Polizei in Schleswig-Holstein hat: „Innere Sicherheit – nichts wert!?“

## Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
Fotos: Th. Nommensen  
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolg.sh](http://www.facebook.com/dpolg.sh)



ISSN 0937-4841

## Neuer Innenminister für Schleswig-Holstein

# Stefan Studt löst den überraschend zurückgetretenen Andreas Breitner ab

Völlig überraschend und selbst für den Ministerpräsidenten sowie die Parteifreunde aus der SPD unerwartet trat Innenminister Andreas Breitner am 25. September 2014 mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurück. Breitner, der nach eigenen Angaben sein Amt mit Lust und Leidenschaft ausgeführt habe, gab als Grund für den Rücktritt an, er habe festgestellt, dass sich das Amt des Innenministers nur schwer mit seinem Familienleben vereinbaren lasse.

Einen fahlen Beigeschmack hinterließ demgegenüber die Ankündigung vom zurückgetretenen Minister, dass er schon Anfang Mai 2015 zum Verband

Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) wechseln werde, wo er Direktor werde. Ein Branche, für die Breitner als Innenminister noch zuständig war. Hierfür handelte er sich nicht nur harsche Kritik der Opposition, sondern auch großes Unverständnis seines Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner (SPD) sowie auch des Ministerpräsidenten Torsten Albig (SPD) ein.

Bereits einen Tag nach dem Rücktritt nominierte der Ministerpräsident Stefan Studt (SPD) als Nachfolger im Amt des Innenministers.

Stefan Studt ist 53 Jahre alt, studierter Jurist und gilt als



> Innenminister Stefan Studt

Finanzfachmann. Nach Abitur, Bundeswehrzeit und Jurastudium in Kiel war er einige Jahre

auf verschiedenen Stationen in Finanzämtern, Kommunalverwaltungen und dem Finanzmi-

### > Interview

#### Drei Fragen an den neuen Innenminister Stefan Studt:

**POLIZEISPIEGEL:** Die DPoIG beglückwünscht Sie zu Ihrer Ernennung zum Innenminister des Landes Schleswig-Holstein! Mit der Übernahme dieses Amtes haben Sie Verantwortung für eines der Schlüsselressorts in der Landesregierung mit vielen wichtigen Aufgabenbereichen und Themenfeldern übernommen. Mit Blick auf Ihren beruflichen und politischen Lebenslauf sind Sie bisher vorwiegend als Fachmann für finanzpolitische Fragen bekannt geworden. Wie wollen Sie sich in den wichtigsten Aufgabenbereich eines Innenministers – der inneren Sicherheit und damit der Landespolizei – einarbeiten und welches werden Ihre ersten Schritte dabei sein?

**STUDT:** Vielen Dank für Ihre guten Wünsche! Das Ministeramt ist für mich zwar neu, aber die großen Themen der inneren Sicherheit sind mir als ehemaliger Chefkoordinator der Regierungspolitik nicht fremd. Jetzt arbeite ich mich in die Details ein, spreche viel mit den Mitarbeitern der Polizeiabteilung, besuche jetzt und in den kommenden Wochen viele Dienststellen vor Ort und

freue mich selbstverständlich auch auf die ersten Gespräche mit den Polizeigewerkschaften.

**POLIZEISPIEGEL:** Sie haben das Amt des Innenministers in politisch turbulenten Zeiten übernommen und Ihr Vorgänger Andreas Breitner hat Ihnen nach seinem überraschenden Rücktritt einige offene Themenfelder hinterlassen, die Brisanz in sich tragen. Welches sehen Sie mit Blick auf die Landespolizei Schleswig-Holstein als die vordringlichsten Aufgaben, um die Sie sich kümmern werden?

**STUDT:** Die gute Nachricht heißt: Die Landespolizei ist insgesamt gut aufgestellt. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern. Personal, Organisation und Ausstattung müssen stets so ausgerichtet werden, dass die Kernaufgaben von Einsatz und Ermittlung, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung effizient wahrgenommen werden können.

**POLIZEISPIEGEL:** Die Landesregierung hat der Polizei – trotz bereits jetzt anerkannt

vorhandener personeller Unterdeckung von 160 Stellen – einen noch weitergehenden Stellenabbau verordnet. Das wird nicht ohne negative Folgen für die Polizeidichte in der Fläche sowie die Arbeitsbelastung der Polizeibeamten bleiben. Ihr Amtsvorgänger hat versprochen, noch in dieser Legislaturperiode für eine lange überfällige und spürbare Anhebung der Zulagen für den Schichtdienst zu sorgen. Wie werden Sie sich in diesen beiden Themenfeldern positionieren?

**STUDT:** Die Landespolizei wird nach der bekannten Beschlusslage in sechs Jahren von ihren rund 8 000 Stellen 122 weniger haben. Das ist nicht schön, aber es ist auch nicht das Ende der inneren Sicherheit. Wir haben Zeit, um die Landespolizei organisatorisch auf die neue Situation auszurichten. Dass das möglich ist, zeigen entsprechende Vorschläge, die die Polizei selbst ausgearbeitet hat. Grundsätzlich gilt: Ich mache keine Zusagen, die ich nicht einhalten kann, aber ich sage Ihnen zu, dass ich berechnete Anliegen ernst nehme und mich dafür mit aller Kraft einsetze.



nisterium tätig. Von 2012 bis 2014 war er Leiter der Staatskanzlei in Kiel und damit der sogenannte „Chefkoordinator“ der derzeitigen Landesregierung. Er ist verheiratet, hat vier Kinder und wohnt im Bereich Rendsburg.

Die Redaktion des POLIZEI-SPIEGELS hat mit Innenminister Studt ein Kurzinterview geführt, welches wir hier abdrucken (siehe Kasten).

Unklar ist zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses, warum

der neue Minister sich insbesondere zur Frage seiner Positionierung bei der von seinem Vorgänger versprochenen Erhöhung der Erschwerniszulagen nicht oder nur ausweichend äußert. Jedenfalls war Mitte Oktober auch aus ande-

ren Quellen zu vernehmen, dass Studt sich in diesem Punkt unklar geäußert habe.

Die DPoIG bleibt an diesem Thema dran!

*Thomas Nommensen*

## Kostenbeteiligung kommerzieller Veranstalter für polizeilichen Einsatz ist zwingend erforderlich

Die DPoIG fordert das bereits seit vielen Jahren und wird heftig gescholten – aber wo ist das Problem?

In diesen Tagen konstatierte die Opposition zum wichtigen Thema die Belastung der Polizeikräfte des Landes öffentlich zwar einerseits völlig richtig. Die enorm hohen Zusatzbeeinträchtigungen durch Sonderinsätze bei einer schon heute großen Anzahl und künftig eher noch weiter anwachsenden Zahl von Fußballspielen sowie anderen auf wirtschaftlichen Gewinn zielenden Großveranstaltungen (beispielsweise „Wacken Open Air“) werden genannt.

Richtig dargestellt wurde auch, dass für aus diesen Anlässen notwendige polizeiliche Arbeit regelmäßig kaum ausreichende (Bereitschafts-)Polizei zur Verfügung steht. Neben der 1. Einsatzhundertschaft Eutin, die im Lande selbst beständig stark belastet ist und darüber hinaus noch häufig andere Bundesländer unterstützen muss, bestehen nämlich im Lande lediglich verschiedene Formen von Alarmeinheiten (sogenannte „Einzeldiensthundertschaften“). Auch diese werden häufig eingesetzt. Die Kolleginnen und Kollegen, aus denen sich eine solche Hundertschaft bildet, müssen jeweils aus ihren eigentlichen

dienstlichen Verpflichtungen im Einzeldienst erst herausgelöst werden.

Das heißt beständig auch, sie fehlen dann dort und müssen, so gut es geht, ersetzt werden. Es müssen dann beispielsweise diejenigen zum Dienst kommen, die endlich einmal dienstfrei gehabt hätten. Bei der Notwendigkeit eine stets ver-



trebare Anzahl von Polizeibeamten rund um die Uhr für die Bürgerinnen und Bürger dennoch verfügbar zu halten – ein Teufelskreis! Die im Polizeidienst leider übliche, nur eingeschränkt planbare Freizeit inklusive Erholung und Regenerierung sowie Zeit für die

Familie wird weiter eingeschränkt.

Andererseits sähe man keine Notwendigkeit auch nur zu versuchen, eine Kostenbeteiligung der Ursachensetzer herausragender polizeilicher Einsätze herbeizuführen. Zudem sei das rechtlich schwierig. Das mag sein – merkwürdig erscheint es aber insgesamt, da der DPoIG-Landesvorstand noch vor nicht allzu langer Zeit die Notwendigkeit, eben diese Thematik endlich offen zu bearbeiten,

weitgehend einvernehmlich mit der CDU diskutierte.

In diesem Zusammenhang äußerte sich kürzlich leider der (jetzt ehemalige) Innenminister Breitner zu mutigen Entscheidungen in Bremen bezüglich einer Kostenbeteiligung bei

Fußballeinsätzen der Polizei ablehnend. Eine Umsetzung mag rechtlich schwierig sein, doch das Thema ist zu bearbeiten! Selbstverständlich sind im Einzelfall zu treffende Maßnahmen hoheitlich und damit regelmäßig alleinige Aufgabe des Staates, meist der Polizei. Eine Gebühren- oder Kostenbeteiligung schließt das nicht zwingend aus. Mir ist exemplarisch nicht bekannt, dass Unternehmer für polizeiliche Begleitung von Groß- und Schwerlasttransporten keine Gebühren mehr zahlen. Es soll auch nicht um Kostenerhebung bei traditionellen und nicht auf Gewinn gerichteten Veranstaltungen wie beispielsweise der freiwilligen Feuerwehren bei Laternenumzügen und Ähnliches gehen. Aber kommerzielle, die öffentliche Sicherheit im großen Maße zusätzlich belastende Veranstaltungen mit den bereits dargestellten Folgen sind wenigstens hinsichtlich einer Kostenbeteiligung zu überprüfen.

**Das Frage, warum das nicht geschieht, bleibt!**

Wie man auch vor diesem Hintergrund an Personalabbau bei der Landespolizei auch nur denken kann, bleibt unbegreiflich.

*Jochen Einfeldt,  
stellvertretender  
Landesvorsitzender*



## Inseldienst – oder „arbeiten, wo andere Urlaub machen“

Ein oft zitierter Spruch, der im polizeilichen Dienstalltag so aber nur selten bis gar nicht wahrgenommen wird. Am Beispiel Amrum sollen hier mal einige Unterschiede zum Dienst auf dem Festland aufgezeigt werden.

Amrum ist mit etwa 30 Quadratkilometern die zehntgrößte Insel Deutschlands und gehört mit den Nachbarinseln Sylt und Föhr zu den Nordfriesischen Inseln. Sie ist vom Festland nur mit der Fähre zu erreichen, welche von Dagebüll, Schlüttsiel oder Nordstrand starten.

Auf Amrum leben insgesamt rund 2 300 Einwohner, die sich auf die drei Gemeinden Norddorf, Nebel mit Süddorf und Steenodde sowie Wittdün verteilen. Bei einer Anzahl von insgesamt circa 10 000 Gästebetten und etwa 135 000 Gästen im Jahr wird deutlich, dass die Insel maßgeblich vom Tourismus lebt. Damit gehört Amrum zu den 15 größten Tourismusorten in Schleswig Holstein. Somit ist der Spruch „arbeiten, wo andere Urlaub machen“ nicht von der Hand zu weisen.

Wie die Dienststellen der Nachbarinseln Sylt und Föhr gehört auch Amrum zum Kreisgebiet Nordfriesland und seit der Organisationsreform wieder zur Polizeidirektion Flensburg. Die Polizeistation ist seit 2013 als Außenstelle der Polizeistation Wyk auf Föhr dem Polizeirevier Niebüll zugeordnet. Die dreimännige Station wird in den Monaten Februar

bis September von zwei Beamten im Rahmen des „Bäddienstes“ unterstützt, die vornehmlich nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss aus der PD AFB in Eutin kommen.

Der Polizeidienst besteht überwiegend aus 24-stündigen Bereitschaftszeiten, da aufgrund der Personalstärke zur Abdeckung der polizeilichen Erreichbarkeit kein Schichtplan entwickelt werden kann. An zwei Werktagen in der Woche ist die Dienststelle vormittags besetzt, um eine verlässliche Erreichbarkeit für den Bürger zu gewährleisten. Neben den Einsätzen wird die Verkehrsüberwachung und polizeiliche Präsenz durch Streifenfahrten zu abwechselnden Tages- und Nachtzeiten lageabhängig mehrfach wöchentlich ergänzt.

Aufgrund der Isolation zum Festland ist es eine logische Konsequenz, dass sich das polizeiliche Aufgabengebiet breit fächert. Während es auf Sylt eine Kriminalpolizeistelle und auf Föhr (noch) eine Dienststelle der Wasserschutzpolizei gibt, erweitert sich auf Amrum der Einsatzbereich der Schutzpolizei neben der Vorgangsbearbeitung teilweise auch auf die Aufgaben, die in die Zu-

ständigkeit von WSP und Kripo fallen. Hinzu kommt noch die Sachbearbeitung von Ersuchen anderer Behörden. Bei dieser Bandbreite und vor der Notwendigkeit der Arbeitsstundenminimierung kommt bedauerlicherweise die bislang erfolgreiche insulare Präventionsarbeit zu kurz, sodass die Polizeiarbeit in der insularen Bevölkerung nur noch gering wahrgenommen wird.

Wie auf den Nachbarinseln erfordert auch auf Amrum die Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen wie Schulschießen, Einsatztraining, Lehrgängen, Dienstversammlungen und Gerichtsterminen eine weit vorausschauende Planung. Jedoch im Vergleich zu Sylt und Föhr ist Amrum durch seine geringere Anzahl an Fährverbindungen zum Festland hier stärker benachteiligt. Durch die starren Fahrzeiten wird fast jeder Festlandsbesuch zum zeh- bis zwölfstündigen Tagesausflug, hinzukommen hohe Fahrtkosten und meist auch Personalersatzgestellung. Aus diesem Grund werden insulare Kräfte auch glücklicherweise nur sehr selten bei Großeinsatzlagen auf dem Festland berücksichtigt.

Wie auf dem Festland ist auch auf den Inseln beinahe die ganze Fülle der Deliktarten vertreten, natürlich in einer durchaus

quantitativ geringeren Anzahl. Aufgrund der autarken Lage jedoch müssen hier die Einsätze mit geringerem Personalaufwand (meist nur zwei Beamte) bewältigt werden, egal wie hoch die Anzahl des polizeilichen Gegenübers ist. Im Gegensatz zu den Festlandsmetropolen wird indessen hier aufgrund der oft fehlenden Anonymität gegenüber der Inselbevölkerung den Beamten meist noch respektvoll entgegengetreten. Dadurch wird einerseits das polizeiliche Einschreiten doch sehr erleichtert, andererseits kann man manchmal eine persönliche Betroffenheit nicht vollständig ausschließen. Durch die gute Zusammenarbeit mit Rettungsdienst und Feuerwehr können aber auch einige personalintensive Einsätze bewältigt und unterstützend überbrückt werden.

Schlussendlich bleibt festzustellen, dass der Inseldienst im Vergleich zu dem auf dem Festland zwar annähernd gleich, aber doch irgendwie „anders“ und „speziell“ ist. Wenn man dabei nicht den Blick für die Natur und die sich daraus bietenden Vorzüge verliert, dann kann man das Inselleben mit all seinen Umständen auch genießen, schließlich machen hier andere Urlaub.

*Ralf Klein,  
DPoIG-Kreisverband Nord*

